

**Anfrage gem. § 28 der Geschäftsordnung der Landessynode
an Herrn Bischof Maggaard bezüglich des geplanten
Zentralkrankenhauses in Flensburg**

Sehr geehrter Bischof Maggaard,

das Malteser Krankenhaus St. Franziskus-Hospital (katholische Trägerschaft) und das Diakonissenkrankenhaus in Flensburg (evangelische Trägerschaft) sollen durch einen zentralen, gemeinsamen Neubau am Peelwatt ersetzt werden. Der Neubau soll dann der drittgrößte Klinikstandort in Schleswig-Holstein werden und die Versorgung von 200.000 Menschen in der Region sichern.

Im letzten Jahr war das Zentralkrankenhaus aber vor allem aufgrund der bisher nicht geplanten Möglichkeit zur Durchführung von ambulanten Schwangerschaftsabbrüchen in den Medien vertreten. Anfang Januar war das Krankenhaus daher auch Teil einer Anfrage des Bundestagsabgeordneten Stefan Seidler an die Bundesregierung. Denn weiterhin ist offen, wie in dem Zentralkrankenhaus mit dem Thema Schwangerschaftsabbrüche umgegangen wird und wie die Versorgungssicherheit in Flensburg gewährleistet werden soll. Im Bericht für den Sprengel Schleswig-Holstein vom 16.11.2019 wurde sich auch bereits konkret auf die Situation vor Ort bezogen und auf die bestehenden Gespräche hingewiesen.

Nach dem beschlossenen Grundstücksverkauf wird der Direktor der Diako, Pastor Dirk Outzen, im Flensburger Tageblatt (28.02.2022) wie folgt zitiert: „Das entbindet uns aber nicht davon, schon jetzt eine zukunftsfähige und geeignete Versorgungsstruktur für Schwangerschaftsabbrüche für die Zeit des neuen Standorts am Peelwatt zu entwickeln und aufzubauen, die medizinische Anforderungen ebenso berücksichtigt wie soziale. Daran arbeiten wir schon jetzt gemeinsam und intensiv.“

Deshalb möchte ich Sie als Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Diakonissenkrankenhauses in Flensburg und zuständigen Sprengelbischof gerne Folgendes fragen:

- Wie bewerten Sie den aktuellen Stand des Fusionsprozesses und die dazu stattfindende öffentliche Debatte um die Möglichkeit zur Durchführung von ambulanten Schwangerschaftsabbrüchen in Flensburg?
- Inwiefern plant die „Evangelisch-Lutherische Diakonissenanstalt zu Flensburg“ auch außerhalb des geplanten Zentralkrankenhauses in Flensburg die Möglichkeiten zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch in der Region sicherzustellen, auch im Hinblick auf die laut „Pro Familia Flensburg“ bereits jetzt angespannte Versorgungslage in örtlichen Praxen?
- Wie wird der gemeinsame Austausch mit den katholischen Trägern weiterhin gestaltet?
- Welche Planungen gibt es seitens der Nordkirche, den beschädigten Ruf beider Träger kommunikativ aufzuarbeiten (siehe Leserbrief im Anhang)?

Mit freundlichen Grüßen

Annabell Pescher

Anhang: Leserbrief aus dem Flensburger Tageblatt (29.01.2022)

LESERBRIEFE

Träger geeignet?

Zu: „Unsere Geduld ist am Ende“ (Ausgabe vom 27. Januar)

Es geht hier um ein Jahrhundertprojekt für Flensburg und seine Umgebung, und vor allem für deren Bürger: eine optimale Krankenhausversorgung und Gesundheitsfürsorge für zukünftige Generationen.

Über die Notwendigkeit sind sich alle maßgeblichen Institutionen einig. Die Finanzierung ist (noch) gesichert. Dieses Ziel ist wichtiger als Befindlichkeiten oder Einwände der Träger, zumal die Vorgaben für Schwangerschaftsabbrüche – man mag das gut finden oder nicht – gesetzlich geregelt sind und die Finanzierung, auch kirchlicher Träger, fast ausschließlich über öffentliche

Gelder erfolgt. Der Vorstoß der Grünen ist daher zu begrüßen, da er wieder dringend nötige Öffentlichkeit in die Klinikdebatte bringt. Weiteren Planungsschritten nicht mehr zustimmen zu wollen, ist allerdings der falsche Weg. Das arbeitet denen in die Hände, die den Status quo gerne erhalten würden.

Es wäre hier vielmehr die Frage zu stellen, ob ein Träger, der seine Prinzipien über gesetzliche Vorgaben stellt, geeignet ist, eine Zukunftsaufgabe von solcher Tragweite für die Region zu übernehmen.

*Dr. Henning Schmidt,
Dr. Ulrich Schroeder,
Dr. Friedrich Wrede,
Flensburg*

Zum selben Thema:

Flensburg soll ein Zentralkrankenhaus bekommen.

Zwei konfessionell unterschiedliche Betreiber haben sich geeinigt, um gemeinsame Sache zu machen. Das ist höchst bemerkenswert und wunderbar. Aber die Grünen haben ein Haar in der Suppe gefunden. Abtreibungen können dort nicht stattfinden, da einem der Betreiber das aus religiösen Gründen verboten ist. Dazu kann man stehen wie man will. Aber ist das ein Grund, das ganze Projekt zu gefährden? Einer Abtreibung wird sich eine Frau nicht oft im Leben unterziehen. Ist es für eine Frau unzumutbar ein oder zweimal im Leben nach Kiel oder Rendsburg zu fahren – oder einen hiesigen Frauenarzt zu besuchen? Und sollen deswegen alle Flensburger und Flensburgerinnen weiter zwei baulich an die Grenze des Möglichen gekommene Krankenhäuser nutzen müssen? Nein, denn

die Grünen haben hier völlig den Kontakt zur Realität verloren.

*Manfred Selck,
Flensburg*

Zum selben Thema:

Es geht hier nicht nur um eine Versorgungslücke die entsteht sondern um ein Prinzip: dass immer noch KirchenMÄNNER den Frauen das Selbstbestimmungsrecht absprechen wollen. Das ist tiefstes Mittelalter. Ich bin froh, dass ich schon mit 21 Jahren aus der Kirche ausgetreten bin.

*Inge von Krottnaurer,
Flensburg*

◆ Hier haben unsere Leser das Wort. Zuschriften sind unter Angabe von Namen und Adresse auch per E-Mail an leserbriefe@shz.de möglich. Bitte geben Sie die Seite und den Artikel an, auf den Sie sich beziehen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.